

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ruft die Tagesordnungspunkte 15 und 20 gemeinsam auf.

Rm Schupp (FDP) erklärt, die FDP- Fraktion unterstütze den Antrag der BIZ- Fraktion. Die Situation sei sehr verwirrend, da erst 2 Autos parken könnten, dann ein Halteverbot folge und anschließend wieder geparkt werden dürfe. Die Flut der Verkehrsschilder sei nicht ertragbar. Er bittet, die Situation zu entschärfen, in dem die Schilder entfernt würden und die Leute parken dürften. Fotos könne man auch noch vom Bürgersteig aus machen.

BIZ- Fraktionsvorsitzender Wefelscheid weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits beim BUGA Nachnutzungskonzept den Sinn der jetzt bestehenden Regelung in Frage gestellt habe. Die Situation sei unübersichtlich.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann- Göttig erklärt, es handele sich hierbei erneut um eine staatliche Auftragsangelegenheit, zu der allerdings damals eine Willensbildung im Rat stattgefunden habe, die mit einer knappen Mehrheit zugunsten der jetzigen Regelung endete. Der Stadtvorstand habe sich darauf verständigt, die auch damals schon als sinnvoll erachtete Regelung weiter bestehen zu lassen und nicht mehr in Frage zu stellen. Die hierfür notwendigen Schilder seien eindeutig. Jeder einzelne Autofahrer entscheide selbst, ob es für ihn zweckmäßig sei dem Verbot zu folgen oder nicht. Vergleichbar mit der Clemensstraße werde bewusst gegen das Verbot verstoßen. Da das Deutsche Eck eine so wichtige Stelle sei wolle man diese nicht durch parkende Autos zu stellen und die Regelung, die man vor der BUGA getroffen habe heute fortführen. Ganz klar zu unterscheiden sei aber, ob ein Tourist gegen das Verbot verstoße, dem auch zuzumuten sei in die Tiefgarage zu fahren, oder ein Anwohner der abends keinen anderen Parkplatz finde, aber Geld für einen Bewohnerparkausweis zahle. Insgesamt sei die Zahl der Parkplätze im Vergleich vor und nach der BUGA nicht negativ geworden; lediglich die Verteilung unterirdischer und oberirdischer Parkplätze habe sich verändert. Er empfehle das Thema heute nicht weiter zu verfolgen, da die Verwaltung nicht die Absicht habe an der bestehenden Regelung vor der Kastorkirche etwas zu verändern. Nach der Auseinandersetzung mit dem Anwohnerparken könne man immer noch neu darüber nachdenken (ST/0115/2012).

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke erzählt, dass nicht nur Pkws dort hielten sondern auch Sprinter und Wohnmobile. Zur Vereinfachung der Situation schlage er vor, eindeutige weiße Markierungen auf dem Pflaster vorzunehmen.

Beigeordneter Prümm erklärt, man wolle keine Markierungen vornehmen, bevor nicht die ganze Untersuchung der Parkproblematik in der Altstadt abgeschlossen sei.

Rm Altmaier (SPD) schildert, er habe sich schon zur Zeit der BUGA gegen die umgesetzte Variante ausgesprochen. Er habe Leute bewusst auf das Parkverbot angesprochen, die dankbar gewesen seien, da sie die Beschilderung nicht verstanden hätte. Touristen würden oftmals sogar einen Parkschein ziehen, da sie denken ordnungsgemäß zu parken, und erhielten dann eine Knolle. Dies sei kein gutes Willkommen für die Touristen in der Stadt. Die bisherige Beschilderung mache keinen Sinn.

Rm Schupp (FDP) ist der Meinung, dass es grundsätzlich egal sei, ob man nun parken dürfe oder nicht; aber es müsse eine einheitliche Regelung für die gesamte Fläche geben. Er schlägt vor, ein Parkverbot über die komplette Fläche zu errichten und in den Abendstunden diese dann dem Anwohnerparken zuzuführen.

Rm Sauer (CDU), die bisher noch nicht das Wort ergriffen hat, stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Debatte.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fragt, ob es einen Gegenantrag gebe. Da dies nicht der Fall ist und der Antragsteller darauf besteht eine Abstimmung durchzuführen, leitet er diese ein.